



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit X – Bereichsspezifische Maßnahmen: Freizeit**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) zu beschließen.

Der Landesaktionsplan soll folgende spezifische Maßnahmen im Bereich Freizeit enthalten:

1. Erstellung eines Landesprogramms nach dem Vorbild des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“
2. Erstellung eines klaren Maßnahmenpakets seitens des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration und damit die Schaffung von Schulungsangeboten im Bereich Antidiskriminierung für Vereine, Verbände und andere zivilgesellschaftliche Gruppen
3. Errichtung eines Runden Tisches „Gegen Diskriminierung im Sport“

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die hierdurch anfallenden Kosten im Entwurf des nächsten Haushaltplans zu berücksichtigen.

### **Begründung:**

Das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ fördert seit 2010 Projekte zur Stärkung demokratischer Teilhabe und Extremismusbekämpfung. Der Fokus liegt auf der Unterstützung lokal wirkender Vereine und Verbände. Aktuell werden sechs Projekte aus Bayern gefördert. In Anbetracht der sehr viel größeren Zahl (Deutschlandweit 600 000) an aktiven Verbänden und Vereinen in Bayern ist hier aus unserer Sicht noch sehr viel Luft nach oben. Wir möchten das Potenzial, welches in örtlichen Strukturen steckt, vollumfänglich nutzen, indem wir Vereinen/Verbänden mit einem Landesprogramm nach dem Vorbild des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ unterstützen.

Fachwissen ist aus unserer Sicht ein entscheidender Schlüssel für den Abbau ausgrenzender Strukturen und die Stärkung von Toleranz. Neben einer grundlegenden Sensibilisierung für das Thema Diskriminierung möchten wir erreichen, dass Vereine, Verbände und andere zivilgesellschaftliche Gruppen maximale Unterstützung bei der Umsetzung von Antidiskriminierungsmaßnahmen innerhalb ihrer Strukturen erhalten. Effektive Antidiskriminierungsmaßnahmen können deswegen hier eine verstärkte Signalwirkung schaffen. Bayerische Sportstätten sollen ein Ort der Vielfalt und des gesellschaftlichen Zusammenhalts sein. Wir fordern daher die Ausarbeitung eines klaren

Maßnahmenkonzepts seitens des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration, das Vereine, Verbände und andere zivilgesellschaftliche Gruppen in ihrer – meist ehrenamtlichen – Arbeit unterstützt.

Sportvereine- und Sportveranstaltungen sind keine diskriminierungsfreien Räume. Auch hier gibt es rassistische Ausfälle und andere Formen der Ausgrenzung. Laut einer EU-weiten Online Befragung aus dem Jahr 2018 unter LGBTQI\*-Personen betrachten 90 Prozent der Befragten Homophobie und Transphobie als ein aktuelles Problem im Sport, 20 Prozent verzichten aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Orientierung gänzlich auf bestimmte sportliche Betätigungen. Noch immer sind die meisten Sportarten geprägt von einer binären Geschlechterordnung und verstärken damit Geschlechterstereotypen. Gleichzeitig hat der Sport eine Reichweite wie wenig andere gesellschaftliche Bereiche. Ein Runder Tisch, der alle Beteiligten zusammenbringt und die Anliegen der Basis berücksichtigt, soll dazu den Anfang machen.